

EWALD DREBING
STELLT FORDERUNGEN

→ WIRTSCHAFT, S.25



Nahrungsfirmen fürchten gezielte Verunglimpfung

RECHT Nach dem Fall Heidemark fordern Unternehmer von der Politik Schutz

Man sei Angriffen schutzlos ausgeliefert. Die FDP will Gesetze nachbessern.

VON RÜDIGER ZU KLAMPEN

KARTZFEHN – Unter den Unternehmen der Ernährungsbranche wächst die Sorge vor Verunglimpfungen, die hohen Schaden nach sich ziehen können. Und der Ruf nach Schutz wird lauter. Das wurde bei einem Gespräch von FDP-Politikern mit dem Agrar- und Ernährungsforum Oldenburger Münsterland im Moorgut Kartzfehn (Kreis Cloppenburg) deutlich. Mehrere Unternehmer der Region forderten dabei die Möglichkeit, Denunzianten „in Regress nehmen“ zu können, wenn sich Vorwürfe als nicht fundiert erweisen.

Aktueller Aufhänger der Diskussion waren die Vorwürfe früherer Mitarbeiter gegen die Firma Heidemark (Garrel), die sich – wie berichtet – als nicht gerechtfertigt erwiesen. Die Vorgänge seien eine starke Belastung gewesen, sagte Firmenchef Bernd Kalvelage. Das Gleiche könne trotz exzellenter Kontrollen jeder Firma der Branche passieren. Die amtlichen Verfahren müssten so organisiert werden, „dass Vorwürfe schnell wieder vom Tisch“ kommen könnten. Es bestehe sonst die Gefahr, dass durch gezielte „Falschaussagen“ letztlich

eine ganze Branche mit Milliarden Euro „bewegt“ werde und Umsätze verschoben würden. „Das darf nicht sein.“

Teilnehmer der Runde berichteten, auch andere regionale Firmen der Nahrungsbranche seien schon mit Vorwürfen konfrontiert worden, die sich im Nachhinein als grundlos erwiesen hätten. Aber der Schaden sei geblieben. Kritisiert wurde u.a. die gezielte Nennung von Firmen- und Produktnamen.

Es sei eine „himmelschreiende Ungerechtigkeit“, dass die Verursacher solcher Vorfälle ungeschoren davon kämen, meinte Ewald Drebing,

Vorsitzender des Agrar- und Ernährungsforums. Es müsse schwieriger werden, Unwahrheiten in die Welt zu setzen, forderten mehrere Un-

Falschaussagen können in der Branche viel in Bewegung setzen

ternehmer.

Hans-Michael Goldmann, agrarpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, forderte eine „deutliche Nachbesserung“ des Verbraucherinformationsgesetzes für Fälle, in denen es um „niedere Beweggründe“ und nicht um Verbraucherinformation gehe. Der „Schutz von Arbeitsplätzen und der Unternehmerleistung“ müsse mehr Gewicht erhalten, wie auch das Beispiel Heidemark zeige. Man sei „Angriffen hilflos ausgesetzt“. Gewerkschaften sollten bei einer Einschaltung in Behauptungen prüfen, wie die Interessenlage ihrer Informanten sei.